



Elterninitiative Murkel e.V.
Lendersbergstr. 28 53721 Siegburg

CDU Fraktion im Landtag
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Ihr Ansprechpartner:

Ursula Braun-Schwartz
Im Donnerschlag 24
53721 Siegburg
☎ 02241/38 78 73
☎ 02241/9 58 59 61
@ ubsms@t-online.de
www.murkel.eu

29.01.08

Offener Brief

CDU-Landtagsfraktion nochmals zum Thema „Das neue Kinderbildungsgesetz“ Was nun? Wer hilft bei den Folgen von KiBiz?

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rüttgers,
sehr geehrter Herr Minister Laschet,

seit nahezu 21 Jahren bin ich Gründerin und Vorsitzende der Elterninitiative Murkel e.V. Unser jüngstes Kind war der biologische Anlass, die pädagogischen Wunschvorstellungen nach Bildungsqualität für Kinder sind der Motor für mein ehrenamtliches Engagement. Im Laufe der Jahre haben sich immer wieder Menschen gefunden, die von diesem Virus angesteckt wurden und diese Idee durch die Investition ihrer Freizeit auch über viele Jahre und dauerhaft unterstützen.

Bevor KiBiz verabschiedet wurde, hatte ich Ihnen meine Bedenken mitgeteilt. Nun muss ich leider feststellen, dass so ziemlich alle Befürchtungen eingetreten sind.

Sie, Herr Laschet, hatten mir in einem Gespräch vorm WDR versichert, dass es keinerlei Nachteile für unsere Einrichtungen geben werde. Herr Schäfer bestätigte Ihre Aussage und versprach, uns eine Berechnung zukommen zu lassen, die mich sogar von Verbesserungen überzeugen würden.

Dass das bis heute nicht passierte, liegt hoffentlich nicht daran, dass er das Dilemma kommen sah. Es fehlen uns für unsere beiden großen Kinderhäuser in Siegburg bei Fortführung der bisherigen Konstellation der Kinder ca. 91.000.-€ gegenüber den bisherigen Betriebskosten!

Das ist für uns mehr als ein Batzen, den wir auch durch unsere ehrenamtliche Tätigkeit nicht stemmen können.

Daraus entstehen für mich konkrete Fragen, die ich Sie bitte, mir mit konkreten Lösungsvorschlägen zu beantworten:

- Sie haben versprochen, dass für die Bildungsarbeit mit KiBiz mehr Personal zur Verfügung stehen solle. Das stimmt auch laut den Angaben im Anhang zu § 19 des KiBiz stünden uns mehr Fachkraftstunden zu. Das würde aber bedeuten, dass unser Defizit auf ca. 135.000.-€ steigen würde.
Unser Personal ist vom Alter her sehr gemischt. Durch die Betriebsjahre unserer Häuser von nahezu 15, 10 und 8 Jahren ist das Personal für KiBiz „überaltert“ und somit zu „teuer“.

Es gäbe sicher verschiedene Lösungsmöglichkeiten.

1. Konsequenter müssten wir jetzt Änderungskündigungen mit den Angeboten geringerer Gehälter aussprechen. Das entspricht aber nicht der motivierten, engagierten und loyalen Dienstleistung unseres Personals und auch nicht unserer Denkweise. Wir sehen die überaus hohen Leistungen unseres Personals und die Erfolge der hoch qualitativen Bildungsarbeit. Bei dem als solche schon geringem Verdienst für Personal im Erziehungsdienst ist eine solche Lösung für uns nicht denkbar und fördert sicher auch nicht die Motivation. Zudem muss man die jahrelange Ausbildung ohne Ausbildungsvergütung und die im Gegenzug ständig steigenden Anforderungen berücksichtigen.
2. Wir hätten die Möglichkeit betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Abgesehen davon, dass wir damit in gleiche Konflikte geraten, bleibt die Frage; wer für die entstehenden Kosten für Anwalt, Gericht und Abfindungen aufkommt?
3. Wir müssten unsere ganzjährigen Öffnungszeiten von 7.00 bis 17.00 Uhr kürzen sowie Betriebsferien einführen und an Elternbildung und Service Fachkraftstunden einsparen. Dabei könnte der Standard fürs Familienzentrum unter den gegebenen Voraussetzungen nicht gehalten werden.

Was wird aus den Tarifverhandlungen? Unser Personal arbeitet so hervorragend, dass wir davon auch Gebrauch machen möchten.

Wir möchten im Kleinen nicht einem großen finnischen Produzenten nacheifern müssen. Wie wird es uns möglich sein, unsere Personaldecke zu erhalten bzw. im Sinne besserer Bildung und im Sinne von KiBiz zu erhöhen?

- Wie vertragen sich KiBiz mit den Einsparungen an Personalkosten und dem Ruf nach höherwertiger Ausbildung der Erzieher?
Bisher haben wir erfolgreich Sozialpädagogen und Erzieher ausgebildet. Nun sieht es konkret so aus, dass, wenn wir uns an der Ausbildung nicht mehr

beteiligen, wir durch die Einsparung der Berufspraktikanten unsere Finanzlücke etwas mildern könnten. Oder sollte es künftig wieder so gehen, wie schon Ende der 70er bis weit in die 80er Jahre hinein, in dem die Praktikanten umsonst arbeiten und nicht versichert sind?

Wer soll künftig Praktikanten ausbilden oder wird die Praxisbetreuung und -Anleitung gesondert finanziert?

- Gewünscht wird durch dieses Gesetz, dass mehr Kinder unter 3 Jahren einen Platz in den Kindertagesstätten erhalten können. Das erscheint auch uns durchaus erstrebenswert. Haben Sie deshalb den 01.11. als Stichtag gewählt, damit alle Kinder, die nach dem 01.11. bis zum 31.07. drei Jahre alt werden schon früher einen Platz erhalten können? Das setzt aber doch voraus, dass
 1. alle Dreijährigen laut Jugendhilfeplanung eines Platzes sicher sind und
 2. das Angebot des Gruppentyps I überwiegend greifen kann.

Wir geraten durch diese Regelungen in Schwierigkeiten. Bisher haben wir unsere Kinder übers ganze Jahr verteilt aufnehmen können. Somit konnten solche mit Rechtsanspruch zu ihrem Geburtstag bereits eingegliedert werden. Das hatte zur Folge, dass wir zwar ab der Urlaubszeit März in den Überhang gingen, aber für jedes einzelne Kind eine optimale Eingliederung gewährleisten konnten. Diese Chance besteht jetzt offensichtlich nicht mehr. Die viel gerühmte Flexibilität ist alleine schon durch den Rechtsanspruch eingeschränkt. So, wie es jetzt aussieht, wird sie bei uns schon gravierend in der Aufnahmepraxis eingeschränkt. Was können wir also zukünftig tun?

- Mehr Platzangebote für unter 3-Jährige sind notwendig, wenn man die Bedarfe der Eltern ernst nimmt. Da wir schon seit 1993 Plätze für dieses Alter anbieten, melden sich bei uns viele Eltern, die sich bewusst für ihr Kind einen Platz in einer Kindertagesstätte wünschen. Diesem Bedarf konnten wir auch bisher nicht nachkommen und haben deshalb schon vor Jahren mit Tagesmüttern die Zusammenarbeit gefunden. Inwieweit können wir künftig dem Elternwillen von Kindern unter 3 Jahren mehr gerecht werden?
- Flexibilität für Bedarfe der Eltern, aber auch zur besseren Planung des Trägers käme unserer Murkelkonzeption mit der Offenen Arbeit sehr entgegen. Allerdings sind wir jetzt an Sach- und Finanzzwänge gebunden, die Eltern die notwendige Flexibilität nicht ermöglicht. Auch bislang haben wir in den beiden angesprochenen Einrichtungen überwiegend Tagesstättenplätze. Eltern hatten aber je nach veränderter Lebenslage die Möglichkeit, dass ihr Kind ohne finanzielle Konsequenzen für die Einrichtung die Betreuungsform wechseln konnte. In Zukunft werden wir wohl eine Tauschbörse anbieten müssen. Notfalls müssen Familien die Einrichtung wechseln und Kinder werden aus ihren sozialen Beziehungen herausgerissen. Ist das so gewollt oder haben wir Perspektiven übersehen?

- Derzeit haben wir in 2 unserer Einrichtungen Kinder mit besonderem Förderbedarf. In dem kleinen Kinderhaus mit 22 Kindern in Einzelintegration und Kinderhaus I mit einer integrativen Gruppe, die mit Genehmigung des LVR von 6 behinderten Kindern besucht wird. Diesen Bedarf benötigen wir auch im kommenden Jahr. Inwieweit ist hier eine Flexibilität möglich?
Wo ist hier die Unterstützung für Frauen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen oder müssen, gegeben?
- Sie gehen davon aus, dass landesweit 40% der unter 3 Jährigen mit einem 25 Stunden Paket auskommen. Viele dieser Kinder benötigen Mittagsschlaf oder auch Vor- und Nachmittagschlaf und bedürfen ihrer konkreten Bezugspersonen. Haben Sie sich einmal mit dem Biorhythmus der Kinder dieser Altersstufe beschäftigt? Wie lässt sich das in Kontingente aufteilen?
- Unser Anspruch von Dienstleistung für Familien mit qualifiziertem Bildungsangebot für die Kinder und optimaler Unterstützung der Eltern würden wir gerne beibehalten. Haben wir noch eine Chance dazu?
- Bürgernähe entsteht sicher durch die kommunale Erreichbarkeit. Wenn allerdings alles auf die kommunale Ebene an Verantwortung abgeschoben wird ohne die Beratung und Regelung durch den Fachstab, ist dies einseitig und ungerecht. Warum zieht sich unser Land so aus der Verantwortung?
- Unsere Elterninitiative ist auf gewaltigem ehrenamtlichem Engagement zu Gunsten der Bildung aller Kinder aufgebaut. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes haben ihre ehrenamtliche Tätigkeit zum einzigen Hobby machen müssen, weil die Arbeit immer komplexer wird. Für andere Freizeitaktivitäten reicht die Zeit nicht. Unsere Personalkostenbe- und Abrechnungen erledigte bis sie 90 Jahre alt wurde meine Mutter. Unsere Eltern sind verpflichtet Eigenleistungen von 12 Stunden jährlich pro Familie zu erbringen, um unsere Häuser und Außengelände in Ordnung zu halten.
All das sind Einsparungen, die in die Bildungsqualität unserer Kinder investiert werden. Wir investieren in die Fortbildung unserer Mitarbeiter und in ausgesuchte Materialien und räumliche Konzepte.
Mit unserer Hände Arbeit haben wir mit den öffentlichen Mitteln, die für einen Kindergarten zur Verfügung standen, soviel Raum bauen können, dass Kinder aller Altersstufen und auch solche mit besonderem Förderbedarf sich wohl fühlen. Dabei haben wir konsequent baubiologische Aspekte berücksichtigt. Ökologisch sollten die Einrichtungen vorbildlich sein. So entstanden Niedrig-Energie-Häuser mit Solaranlagen, Zisternen und Brennwerttechnik. War das alles umsonst?
- Unser Verein wird geführt wie ein Familienbetrieb und steht noch wirtschaftlich gesund da. KiBiz scheint uns nach derzeitiger Form für unser Engagement zu strafen. Sollten wir besser aufgeben?

Es tut mir in der Seele weh, aber das qualitative und auch von Ihnen gewünschte Angebot für Familien weiß ich und offensichtlich auch andere nicht, wie es noch erfüllt werden könnte unter den von Ihnen vorgelegten Bedingungen.

Es ist mir klar, etwas zu Ende zu denken mit möglichst allen Konsequenzen ist schwierig und erscheint oft fast unmöglich. Trotzdem meine ich, dass es immer wieder versucht werden muss.

KiBiz hat positive Ausgangsgedanken, aber haben wirklich Fachleute + Praktiker so zusammen gewirkt, dass mehr als ein Stück Hand oder Fuß herauskommen konnten? Noch sehe ich es nicht so, lasse mich aber gerne eines Besseren von Ihnen belehren. Dazu müssen Sie allerdings Rede und Antwort stehen und unserem Dilemma Abhilfe leisten.

Als Gründerin und Vorsitzende des Murkel e.V. hatte ich Visionen einer Pädagogik, die junge Familien unterstützen sollte. Trotz mancher Widerwärtigkeiten haben wir auch viel erreicht. Das meiste davon schreiben Sie sich als Landesregierung auch auf die Fahnen. Allerdings erscheint es mir sinnlos unter den jetzigen Bedingungen weiter Kraft und alles was da noch dazugehört zu investieren.

Für Kinderverwahranstalten bin ich nicht bereit mein privates Eigentum zu riskieren. Was soll ich nun tun?

Wenn Sie gewillt und in der Lage sind zu helfen, erwarte ich von Ihnen ernsthafte und für alle Betroffenen (Träger, Familien und Mitarbeiter) nachvollziehbare und praktikable Antworten.

Ich wünsche mir, uns und sicher vielen Familien und Pädagogen im Lande, dass das gelingen wird.

Wie auch bereits im August sind Sie herzlich eingeladen sich unsere Arbeit anzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

-Ulla Braun-Schwartz-